Hermann Graml

Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa.

Ein Blick auf historische Zusammenhänge

Politische Verbrechen werden begangen, seit Menschen politisch handeln, und zu den ältesten Formen des politischen Verbrechens zählen auch die Vertreibung und die erzwungene Auswanderung ganzer Bevölkerungsgruppen aus ihrer Heimat. Das Bild der Juden, die klagend an den Wassern Babylons sitzen, ist zum Symbol des Leids geworden, das Vertreibung und Verschleppung schaffen, und weniger bekannte Beispiele finden sich zur Genüge in der klassischen griechisch-römischen Geschichtsschreibung und etwa bei den Historikern der Völkerwanderungszeit oder der karolingisch-ottonischen Periode. Im Grunde ist die Vielzahl solcher Austreibungen überraschend, da die bis zum 20. Jahrhundert in Erscheinung getretenen Imperialismen, ob sie nun religiösen, dynastischen, wirtschaftlichen oder militärisch-strategischen Anreizen folgten, keineswegs prinzipiell auf die Vertreibung unterworfenen Völkerschaften gerichtet waren, sondern im Gegenteil auf Bekehrung und Integration. Abweichungen von dieser Regel ergaben sich jedoch, vereinfacht gesagt, aus drei relativ häufigen Gründen.

Erstens hat die Bevölkerung eroberter und annektierter Territorien den Wechsel der politischen Zugehörigkeit und den Wechsel der politischen Herrschaft natürlich keineswegs immer widerstandslos hingenommen, was dann von den neuen Herren mit terroristischer Machtausübung, in manchen Fällen aber – zur Herstellung von Ruhe und Ordnung oder zur Gewinnung von Sicherheit – mit der Vertreibung der widersetzlichen Bevölkerung beantwortet wurde. So haben am Vorabend des Siebenjährigen Krieges, der sich in Nordamerika ja als britisch-französischer Konflikt um diesen Teil der Neuen Welt abspielte, die 6000 Bewohner von Neuschottland den Loyalitätseid auf die britische Krone verweigert, worauf Charles Lawrence, der britische Gouverneur, die unsicheren Kantonisten 1755 zum Verlassen des strategisch wichtigen Gebiets zwang.

Zweitens diente Austreibung immer wieder auch zur Bestrafung politischer Übeltäter, wobei sich die Einstufung als Übeltäter meist einfach daraus ergab, daß die Strafenden im Dienste der besseren oder sogar der guten Sache zu stehen glaubten. Hierzu ein kleines, jedoch typisches Beispiel: Während des Amerikanischen Bürgerkriegs verlangte der Föderierten-General Thomas Ewing, der mit seiner Truppe gerade vier Grafschaften des politisch tief zerklüfteten und von konföderierten Partisanenhorden heimgesuchten Staates Missouri besetzt hatte, von den Bewohnern der vier Grafschaften den Nachweis, stets treu zur Sache des Nordens gestanden zu haben, und als der Nachweis naturgemäß nicht erbracht werden konnte, schon weil niemandem – auch nicht dem General – eine brauchbare Methode einfallen wollte und konnte, da verfügte Ewing mit einem Befehl vom 25. August 1863 die Vertreibung der Bewohner von Haus und Hof und die Verwüstung

ihrer Farmen und Dörfer. Ein Major in seinem Stabe, der von Beruf Maler war, George Bingham, hat mit tiefem Abscheu in einem Gemälde festgehalten, wie der General die Räumung eines Dorfes hoch zu Roß persönlich überwacht: die Personifizierung steinerter und unerbittlicher Selbstgerechtigkeit. Austreibungen konnten also auch den Charakter gigantischer Repressalien haben.

Drittens war expansionistisches Ausgreifen gelegentlich – wenn auch nicht allzu häufig – begleitet oder sogar verursacht von großen Zuwanderungs- und Siedlungsbewegungen, die sich mit der unwiderstehlichen Kraft einer Naturgewalt Platz schafften. Klassische Opfer solcher Bewegungen waren die Indianer Nordamerikas. Vom 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts noch wichtige und umworbene Bundesgenossen in den britisch-französischen und britisch-amerikanischen Kämpfen, wurden sie im Laufe des 19. Jahrhunderts von einer nach Westen drängenden und ständig aus Europa genährten Besiedlungswelle überwältigt und wenn auch nicht ausgerottet, wie eine zählebige Legende wissen will, so doch aus ihren Wohnsitzen verjagt und in Reservationen eingepfercht. Am aufschlußreichsten ist vielleicht das Schicksal der Cherokees. Von mehreren Administrationen in Washington unterstützt und gefördert, hatte der Stamm in relativ kurzer Zeit die Bildungs-, Wirtschafts- und Lebensformen seiner weißen Nachbarn angenommen, sogar eine moderne Verfassung, sich mithin weitestgehend assimiliert. Nachdem aber 1829 mit Andrew Jackson der erste amerikanische Präsident ins Weiße Haus eingezogen war, der sich vornehmlich als Repräsentant der Grenze und der Siedler fühlte, nützte den Cherokees ihre Assimilierung bald gar nichts mehr. 1838/39 wurden sie in einer allein vom Landhunger bäuerlicher Siedler inspirierten und noch von Jackson vorbereiteten Aktion, während der nicht weniger als ein Viertel des rund 15 000 Seelen zählenden Stammes elend umkam, aus Georgia in eine nicht sehr wirtliche Gegend im nordöstlichen Oklahoma „umgesiedelt“.

Eine Sonder- bzw. Mischform stellte das Verlassen der Heimat aus religiösen Gründen dar, das namentlich Europa erlebte. Vor allem in den von Reformation und Gegenreformation geprägten Jahrhunderten kam es zu Auswanderungswellen, die einerseits durch Diskriminierung und Verfolgung erzwungen waren, so bei rund 200 000 französischen Hugenotten, andererseits als Wahrnehmung eines Rechts erschienen, so auf dem Boden des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, wo nach dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 dem Recht des jeweiligen Landesherrn, das religiöse Bekenntnis in seinem Territorium vorzuschreiben, das Recht der Untertanen anderer Konfession gegenüberstand, sich, sofern sie an dieser anderen Konfession festhalten wollten, aus dem Untertanenverhältnis zu lösen und eine neue Heimat in einem Territorium ihrer Konfession zu suchen.

Das 20. Jahrhundert brachte einige deutliche und wichtige Veränderungen des Phänomens. Zunächst fällt ins Auge, daß die Dimension von Vertreibungsaktionen zunahm und die Einschnitte auch in dicht gewachsenes ethnisches Gefüge sehr tief wurden. Das ergab sich nicht allein daraus, daß nun relativ große Bevölkerungsgruppen zu Objekten solcher Aktionen wurden, sondern war nicht zuletzt auch eine Folge der Tatsache, daß den Angehörigen von Opfergruppen per definitionem und in der Praxis die Möglichkeit der Option genommen wurde, wie sie früher in der Regel gewährt und vielfach genutzt worden war – freilich galt das nicht für die Opfer übermächtiger Zuwanderung. Die Optionslosigkeit wiederum war vor allem die Konsequenz veränderter Gesinnung und Mentalität der Täter. Im 20. Jahrhundert nahmen die Täter stets – und das meist guten Glaubens – für sich in Anspruch, im Dienste des Fortschritts der Menschheit, im Dienste

dauerhafter Friedensstiftung oder im Dienste einer gedeihlichen und glückhaften Entfaltung der eigenen Nation zu handeln, woraus sie das Recht und sogar die Pflicht ableiteten, auf dem Weg zu derart hohen Zielen jedes Hindernis, auch jedes Hindernis, das in ethnischen Verhältnissen begründet war, zu eliminieren, und zwar total, da dies von der Qualität der politischen Vision und von den Bedingungen ihrer Realisierung gefordert schien; jene Menschen, die ihr Denken den neuartigen politischen Ideologien unterwarfen, zogen gerade auch bei ethnischen Problemen der Lösung des Problems mehr und mehr die totale Beseitigung aller Elemente vor, aus denen sich das jeweilige Problem zusammensetzte. Auch in diesem Sinne hat also Europa den Einbruch des totalitären Geistes erfahren.

An die Stelle der naiven Brutalität und Selbstgerechtigkeit früherer Jahrhunderte trat dabei eine wesentlich widrigere ideologische Chloroformierung des Gewissens, der humanen Rechtlichkeit und der intellektuellen Redlichkeit. Als besonders widrig erscheint der solchermaßen bewirkte Zustand, wenn ein Exekutor oder ein Planer von Vertreibungsmaßnahmen noch nicht sämtliche Reste christlicher oder humanistischer Ethik und Moral abgestreift hat und sich daher mit den absurdesten Argumenten zwar kein gutes, aber doch ein ruhiges Gewissen zu verschaffen sucht. Als der damalige Oberpräsident von Ostpreußen im Dezember 1914 darlegte, daß es der polnischen Bevölkerung keineswegs schade, wenn man sie aus den preußischen und den noch zu annektierenden polnischen Territorien nach Rußland abschiebe, sagte er in seiner Denkschrift, in der „Trennung von der heimatlichen Scholle“ eine „Härte“ zu sehen, sei ein „Trugschluß“: „Der Mensch, auch der heimattrueste, hängt weniger an dem Orte, als an der Volksgemeinschaft“, weshalb nur die Aussiedlung weniger, nicht aber die Aussiedlung vieler hart sei.

Der totalitäre Geist richtete schon genügend Verheerungen an, wenn er sich lediglich mit dem Nationalstaatsgedanken verband, wenn also die Mehrheitsnation eines Staates zielbewußt und ungeduldig danach trachtete, die nationale Homogenität des Staates, den sie als ihren Staat definierte, durchzusetzen und die Homogenität auch bei etwaigem Zugewinn von Territorien mit andersnationaler Bevölkerung zu bewahren. In solcher Verbindung büßte der Nationalstaatsgedanke sogleich seine Unschuld und seine positive Ordnungsfunktion ein, die er haben kann, weil nun den ethnischen Minoritäten bestenfalls forciert Assimilierungsdruck bevorstand und schlimmstenfalls, wenn es die Umstände zuließen, Vertreibung drohte. Der liberale Publizist Ernst Jäckh schrieb 1913 seinem Freund Friedrich Naumann, als er von einem Besuch bei der kaiserlichen Flotte berichtete, die Marineoffiziere hätten ihm in Gesprächen auseinandergesetzt, nach künftigen kriegerischen Annexionen müsse man zur Vermeidung nationaler Unhomogenität „eben evakuieren“; das „fremdstämmige Volk“ solle man nach Ansicht der Offiziere „expropriieren“ und „exmittieren“, das Land dadurch „evakuieren“, behalten und besiedeln“. Noch deutlicher – weil konkret – zeigte sich die Wirkung der Verbindung von Nationalstaatsprinzip mit totalitärem Geist, als 1923 die Konferenz von Lausanne einen griechisch-türkischen Krieg, der 1920 begonnen hatte, mit einem Friedensschluß beendete, der auch einen großen, ja für die Region gigantischen griechisch-türkischen Bevölkerungstransfer erzwang. Lord Curzon, der britische Außenminister, sagte damals, alle betrachteten den Transfer mit Abscheu und sogar Entsetzen, doch stimmten die Experten darin überein, daß „das zweifellos damit verbundene große Leid durch den Vorteil wettgemacht würde, der beiden Ländern letztendlich aus einer größeren Homogenität der Bevölkerung und der Beseitigung alter und tiefverwurzelter Streitfragen erwachsen dürf-

te“. So mußten 400 000 Türken aus Griechenland verschwinden, während 1,4 Millionen Griechen, denen eine Million Flüchtlinge vorhergegangen waren, aus Anatolien und Ostthrazien vertrieben wurden. Nun – das erwartete „große Leid“ stellte sich in der Tat ein, wogegen der erhoffte Vorteil ausblieb. Die Türkei erlitt durch das Ende der jahrtausendealten griechischen Präsenz in Kleinasien einen kulturellen und wirtschaftlichen Verlust, der bis heute nicht ausgeglichen ist, und das strukturschwache Griechenland verdankte seine wirtschaftlichen Nöte und seine innenpolitische Labilität bis weit in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg auch einem nicht recht handhabbaren Flüchtlings- und Vertriebenenproblem, während die staatlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland seither auch noch durch die Vertreibungsgreuel belastet sind. In den zwei Jahrzehnten nach Lausanne setzte sich der damals verfügte Bevölkerungstransfer gleichwohl in den Köpfen zahlloser europäischer Politiker als das Muster einer geglückten Reinigung zweier Nationalstaaten von ihren Minoritätenproblemen fest.

Noch verheerender war die Wirkung, wenn in Regimen, in denen säkulare Erlösungs-ideologien, also ihrem Wesen nach totalitäre Ideologien, herrschten, bestimmte Bevölkerungsgruppen ideologischer Verdammung anheimfielen oder die Sicherheitsinteressen des Regimes zu gefährden schienen oder einfach dem Ordnungsdenken irgendwelcher Funktionäre in der Zentrale nicht mehr entsprachen. Zum Beispiel war Stalins Feldzug gegen die selbständigen Bauern in der Praxis zu einem guten Teil eine große Vertreibungsaktion, doch sind die sowjetischen Führer mit ethnischen Gruppen gleich kaltherzig umgesprungen. Als 1937 der in Moskau stationierte britische Diplomat Fitzroy Maclean eine seiner abenteuerlichen Reisen in die südlichsten Regionen der Sowjetunion unternahm, konnte er eines Tages in einer Stadt am Kaspischen Meer beobachten, wie endlose Kolonnen von Lastwagen zum Hafen rollten, auf denen recht unfroh aussehende turko-tatarische Bauern zusammengepfercht waren, bewacht von NKWD-Truppen mit aufgeflepptem Bajonett. Zu seinem Entsetzen erfuhr er von einem ebenso redseligen wie empörten Passanten – die Einwohner der Stadt verfolgten den Vorgang in dieser noch nicht ganz stalinisierten Region mit lebhaftem Interesse –, daß die Turko-Tataren in irgendeinen asiatischen Teil der UdSSR deportiert würden und daß es sich dabei um eine der nicht seltenen Bevölkerungsumschichtungen handle, die Moskau von Zeit zu Zeit als „Vorsichtsmaßnahme“ anordne.

Furchtbarer freilich als der marxistisch-leninistische Totalitarismus, der das politische System der Sowjetunion geprägt hat, war in der hier zur Debatte stehenden Frage der nationalsozialistische Totalitarismus, der 1933 in Deutschland an die Macht gelangte, und zwar insofern, als der nationalistisch-rassistische Biologismus, der das Wesen des Nationalsozialismus ausmachte und in der Lebensraum-Vorstellung Gestalt gewann, nichts anderes und nichts weiter war als ein Vertreibungs- und Vernichtungsprogramm. Dieses Programm galt nicht nur der europäischen Judenheit, von der während des Zweiten Weltkriegs tatsächlich rund 6 Millionen einer umfassenden nationalsozialistischen Vertreibungsaktion mit geplantem tödlichen Ausgang zum Opfer fielen, sondern auch anderen rassischen und ethnischen Gruppen, ja ganzen Nationen. So hat Dr. Walter Hergl, einer der nationalsozialistischen Mitarbeiter Konrad Henleins, des Führers der Sudeten-deutschen Partei, 1935/36 eine umfängliche Denkschrift für das Auswärtige Amt verfaßt, in der er auseinandersetzte, daß und wie die tschechische Bevölkerung Böhmens und Mährens einmal in weiter östlich gelegene Teile des künftigen deutschen Großreiches zu deportieren sei. Hitler selbst hat Vorstellungen eines sozusagen ordinären Imperialismus stets verächtlich verworfen, zum Beispiel am 21. August 1938, als er angesichts des

kommenden Höhepunkts der Sudetenkrise die Bemerkung machte: „Wir dürfen diese Völker, vor allem die Tschechen u. ä. Gelichter nicht hochpäppeln, wir werden sie vielmehr einmal herausdrücken. Wir wollen nicht diese Völker, wir wollen ihr Land.“ Nach der militärischen Niederwerfung Polens wurden aus den annektierten polnischen Gebieten binnen kurzem eine Million Polen und 300 000 Juden vertrieben und in das sogenannte Generalgouvernement verfrachtet, um für Volksdeutsche Platz zu machen, die von den Lebensraum-Ideologen in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aus den baltischen Ländern, aus Wolhynien und aus Bessarabien herausgeholt, praktisch also ebenfalls vertrieben wurden. Im März 1941, bereits die Eroberung Rußlands vor Augen, gab Hitler den Befehl, das Generalgouvernement in absehbarer Zeit nicht nur „judenfrei“, sondern auch „polenfrei“ zu machen, Goebbels notierte am 22. Mai 1941 beiläufig, daß aus den Territorien, die nach dem Feldzug gegen Jugoslawien dem Gau Steiermark einverleibt worden waren, rund 100 000 Slowenen vertrieben würden, und in diesen Frühlingsmonaten des Jahres 1941 kalkultierten die politischen und wirtschaftlichen Planer des Krieges gegen die Sowjetunion bereits für die ersten Jahre der dort etablierten Herrschaft eine durch Hunger, Krankheiten und Vertreibung zu erreichende Ausdünnung der unterworfenen Bevölkerung um 40 Millionen ein. Die Besatzungspolitik hat solchen Erwartungen nicht entsprechen können, schon auf Grund des Scheiterns der gegen die Sowjetunion versuchten Blitzkriegs-Konzeption, doch konnten immerhin Teilerfolge verbucht werden, zumal die rüde und auf längere Dauer berechnete Rekrutierung von Zwangsarbeitern auch nichts anderes war als eine speziellere Form der Vertreibung.

Bei dem Versuch, das Lebensraum-Programm zu verwirklichen, hat sich die nationalsozialistische Führung schon die Existenz deutscher Minoritäten in Ost- und Südosteuropa zunutze, dann aber auch politische Organisationen dieser Minoritäten unmittelbar dienstbar gemacht. Das gelang um so leichter, als die jungen Staaten Polen und Tschechoslowakei, also gerade die ersten Opfer der nationalsozialistischen Expansion, weder die Absicht und die Kraft noch – auf Grund des Widerstrebens der Minoritäten – die Möglichkeit hatten, ihre Deutschen zu integrieren. Besonders deutlich ist das im Falle der Tschechoslowakei, wo auch der sogenannte „Aktivismus“, das heißt die seit Mitte der zwanziger Jahre gegebene Regierungsbeteiligung deutscher Parteien, weder die insgesamt höchst unbefriedigende Minderheitenpolitik des Staates noch dessen grundsätzliche Ablehnung durch die in Böhmen und Mähren lebenden rund 3,2 Millionen Deutschen zu ändern vermochte. So ist es im Grunde nicht sonderlich überraschend, daß die 1933 gegründete und von Konrad Henlein geführte Sudetendeutsche Heimatfront – 1935 in Sudetendeutsche Partei umbenannt – im Lauf weniger Jahre die in der Anfangsphase noch dominierende autonomistische Zielsetzung aufgab, bei dem fortwährend stärker werdenden Deutschen Reich Anlehnung suchte, Anschlußwillen entwickelte und schließlich 1937/38, als sie eine eindeutige Mehrheit der Sudetendeutschen repräsentierte, bei der Zerstörung der Tschechoslowakei Hitler freiwillig Beihilfe leistete. In Polen war die zahlenmäßig wesentlich kleinere deutsche Minderheit auch wirtschaftlich, politisch und organisatorisch erheblich schwächer, doch in bescheideneren Formen gab es vielfältige Beihilfe auch dort.

Läßt sich mithin sagen, daß die größten Vertreibungsaktionen des 20. Jahrhunderts, die den Deutschen Ostdeutschlands, Osteuropas und Südosteuropas ihre Heimat kosteten, nichts anderes waren als Aktionen der Rache, einer Rache, die zugleich einer Wiederholung vorbeugen sollte? In der Zeitgeschichtsforschung wird der Zusammenhang oft betont und nicht selten als zentral gewertet. Das hat auch durchaus seine Berechtigung.

Mit Fug und Recht hat Ulrich v. Hassell, ein wichtiger und profilierter Vertreter des deutschen Widerstands gegen Hitler, in seinem Tagebuch das „Meer von Haß“ erwähnt, das die nationalsozialistische Expansion und die mehr als brutale nationalsozialistische Machtausübung in den besetzten Ländern entstehen ließen. Der Durst nach Rache entwickelte sich im Laufe der Kriegsjahre in der Tat zu einem politisch relevanten Faktor, und das Argument, daß einer Wiederholung die Basis genommen werden müsse, taucht in den interalliierten Debatten über die Behandlung der Deutschen nach dem Siege so häufig und so gewichtig auf, daß man es ernst zu nehmen hat. Jedoch liegen die Dinge nicht ganz so einfach.

Nehmen wir erst den Fall Polen. Es ist ein Faktum, daß die während des Krieges in London amtierende polnische Exilregierung sich trotz aller Schrecken der deutschen Besatzungsherrschaft stets und auch noch nach der Anfang 1943 eingetretenen Wende des Krieges nicht allein gegen die Abtretung der polnischen Ostgebiete beharrlich gewehrt hat, sondern auch gegen einen allzu reichlichen Erwerb deutscher Territorien im Westen. Zwar sind die Londoner Polen nicht ganz ohne Appetit auf deutsches Gebiet gewesen, und ihr Widerstand gegen Verluste im Osten war naturgemäß immer stärker als ihr Widerstand gegen zuviel Beute im Westen. Jedoch konnten sie sich – darin vom britischen Foreign Office verstanden und nachdrücklich unterstützt – nicht für eine Politik erwärmen, die, wie es damals aussah, das Nachkriegspolen auf alle Zeit mit einem einst sicher wieder starken Deutschland verfeinden und damit von der Sowjetunion völlig abhängig machen mußte. Eine Politik, die darauf zielte, Moskau den Gewinn aus der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit von 1939/40 zu sichern, Polen dafür im Westen zu entschädigen und mit einer übermäßigen Entschädigung zugleich – zur Zementierung des in Ost- und Südosteuropa entstehenden sowjetischen Imperiums – ein polnisches Eigeninteresse an der Anlehnung an die Sowjetunion zu begründen, eine solche Politik konnte Stalin nur mit sowjethörigen, das heißt kommunistischen Polen betreiben. So bildete er aus polnischen Exilanten in der UdSSR das „Polnische Komitee der Nationalen Befreiung“, auch als „Lubliner Komitee“ bekannt, mit dem er am 27. Juli 1944 die erste Vereinbarung über eine neue polnische Westgrenze traf, eine Grenze, die an der Oder verlaufen sollte, mit dem er ferner im Februar 1945 fünf neue polnische Woiwodschaften einrichtete – Masuren, Pommern, Oberschlesien, Niederschlesien, Danzig – und mit dem er schließlich lange vor der Potsdamer Konferenz die Vertreibung der Deutschen aus den nun polnisch verwalteten Territorien Ostdeutschlands einleitete; noch vor Beginn der Konferenz waren etwa 300 000 Deutsche aus den neugeschaffenen Woiwodschaften auf die Westufer von Oder und Lausitzer Neiße gejagt worden.

Die Politik der Vertreibung war in Stalins Augen nur eine logische Konsequenz dieser Westverschiebung Polens, da ein polnischer Staat, der mit der deutschen Bevölkerung nahezu ganz Ostdeutschlands belastet gewesen wäre, nicht hätte lebensfähig sein können; außerdem glaubte auch Stalin sicherlich, daß ein polnischer Staat, der zum Komplizen bei einem derartigen Verbrechen geworden war, keine Möglichkeit mehr hatte, sich aus der Abhängigkeit von der Schutzmacht Sowjetunion zu befreien. Seinen westlichen Partnern Churchill und Roosevelt hat Stalin sowohl auf der Konferenz von Jalta wie auf der Konferenz von Potsdam wahrheitswidrig versichert, aus den Polen zugeordneten deutschen Provinzen müßten nur noch Reste der Bevölkerung abgeschoben werden, da die meisten Deutschen schon vor der Roten Armee geflohen seien. Zwar hatte die Fluchtbewegung tatsächlich enorme Ausmaße angenommen, doch saß das Gros der Flüchtlinge auch noch zur Zeit von Potsdam gerade in der nun unter polnische Herrschaft gestellten

Region. Daß aber Stalin den Schrecken so gut kannte, den die sowjetischen Truppen verbreiteten, legt die Vermutung nahe, daß die Greuelthaten der Roten Armee nicht nur Ausdruck von unkontrollierbarem Haß und unbezähmbarem Rachedurst waren oder einen simplen Rückfall in noch drei Jahrhunderte früher in ganz Europa übliche Formen der Kriegführung darstellten, sondern zugleich als ein von Stalin gewolltes und kühl kalkuliert eingesetztes politisches Instrument verstanden werden dürfen, das die Vertreibung einleiten und ein gutes Stück voranbringen sollte, noch ehe in dieser Frage der Handel mit den Westmächten um gemeinsame Beschlüsse im Ernst begann. Joseph Foscchepoth hat die Westverschiebung Polens und die durch sie ausgelöste Vertreibung der Bevölkerung Ostdeutschlands als Resultate „einer gegen die ausdrücklichen Interessen Polens gerichteten Großmachtpolitik“ bezeichnet. Ebenso könnte man wohl sagen, daß beides in erster Linie das Ergebnis des Imperialismus eines totalitären Regimes und folglich das Ergebnis einer mit totalitärem Geiste geimpften Machtpolitik gewesen ist.

Hinsichtlich der Tschechoslowakei ergibt sich ein etwas anderes Bild. Zwar zeigte auch die nach dem Münchner Abkommen bzw. nach der Besetzung Prags und der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren ins Londoner Exil gegangene Creme der bürgerlichen tschechoslowakischen Politiker jahrelang keine Neigung, eine so radikale ethnische Ausräumung des Staates ins Auge zu fassen, wie sie dann gekommen ist. Der ehemalige Staatspräsident Eduard Benesch, der nun die Exilregierung in London leitete, hat nicht nur den ebenfalls exilierten Führern der sudetendeutschen Sozialdemokratie beruhigende Versicherungen gegeben, sondern noch im Herbst 1940 auch tschechischen Widerstandsgruppen im Protektorat, die schon damals die Austreibung aller Deutschen forderten, mitgeteilt, es sei „naiv“, wenn man annehme, „drei Millionen Deutsche“ könnten „vernichtet oder ausgetrieben“ werden. Benesch und seine Mitarbeiter, etwa Hubert Ripka, suchten gewiß nach Wegen, der künftigen Tschechoslowakischen Republik mehr nationale Homogenität zu verschaffen, doch glaubten sie bis zum Sommer 1942, daß das Problem auf zweierlei Weise gelöst werden müsse: Einerseits dachten sie daran, bestimmte Gebiete in Westböhmen, Nordböhmen und Tschechisch-Schlesien – mit rund 900 000 Sudetendeutschen – an Deutschland abzutreten, andererseits verlangten sie, eine solchermaßen im tschechischen Sinne korrigierte Version des Münchner Abkommens mit umfänglichen Bevölkerungstransfers zu verbinden. Als die britische Regierung im Juli 1942 das Münchner Abkommen für ungültig erklärte, war für diesen Schritt das Abtretungsversprechen der tschechoslowakischen Exilregierung noch Voraussetzung.

Indes ist nicht zu verkennen, daß im weiteren Verlauf des Krieges neben den ohnehin austreibungssüchtigen Widerstandsgruppen im Lande selbst auch die tschechoslowakischen Exilpolitiker relativ rasch in den Bann radikaler Lösungsvorstellungen gerieten. Wenn sie in Vorträgen und Aufsätzen von der künftigen Tschechoslowakei handelten, wurden die zur Abtretung an Deutschland vorgeschlagenen Gebiete von Mal zu Mal kleiner, wurde die Zahl der mit ihnen abzugebenden Deutschen von Mal zu Mal niedriger. Allmählich löste sich der Abtretungsgedanke gänzlich auf, und wenn Benesch im Juni 1943 Präsident Roosevelt vorschlug, erst einmal die alten Grenzen der Tschechoslowakischen Republik zu restaurieren und dann über kleinere Abtretungen zu reden, so war der Gedanke endgültig zu taktisch gemeintem, das heißt zur Beruhigung der skrupelhaften Amerikaner bestimmtem Mumpitz verkommen. Je schwächer aber die Abtretungsidee wurde, desto stärker wurde die Vertreibungstendenz. Ganz unabhängig von äußeren Einflüssen, unabhängig auch von der Situation im Protektorat, gravitierten die Repräsentanten der tschechischen Nation mehr und mehr zu der Vorstellung, daß ihr

größtes Minderheitenproblem unter den günstigen Bedingungen des Krieges und der deutschen Niederlage total eliminiert werden müsse. Mit anderen Worten: der tschechoslowakische oder, wenn man so will, der tschechische Nationalismus begann Elemente des totalitären Geistes der Epoche aufzunehmen.

Allerdings setzte sich die Tendenz zur Vertreibung aller Deutschen definitiv und offen erst dann durch, als die tschechoslowakische Politik unter den bestimmenden Einfluß der Sowjetunion geriet. Ende 1943 reiste Benesch nach Moskau und vollzog dort – im Blick auf die nach Kriegsende unausweichliche Dominanz der UdSSR in Osteuropa – seine Unterordnung unter den Willen Stalins, wie das in einem tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrag vom 12. Dezember 1943 zum Ausdruck kam. Ebenso paßte er sich nun dem sowjetischen Verlangen nach Härte in Minderheitenfragen an, das nach Stalins Absicht wie im Falle Polens auch im Falle der Tschechoslowakei die zuverlässige Anbindung eines künftigen Satelliten Moskaus sichern wollte. Große Überredungskünste brauchten Stalin und Molotow offensichtlich nicht mehr aufzubieten, doch war es natürlich durchaus von Wirkung, daß die sowjetischen Führer Bevölkerungsverschiebungen größten Stils als „Kleinigkeit“ bezeichneten. Hatte Benesch in Moskau anfänglich noch von der Absicht sprechen zu müssen geglaubt, einen Bevölkerungstransfer mit territorialen Abtretungen an Deutschland zu verbinden, so begriff er rasch die Überflüssigkeit solcher Erklärungen. Am 23. November 1944 legte die Exilregierung bereits einen detaillierten Transferplan vor: Um „ein für allemal“ die Bedrohung der tschechoslowakischen wie der europäischen Sicherheit auszuschalten, so hieß es da, müßten zwei Drittel aller Deutschen Böhmen und Mähren verlassen. Im übrigen setzte Benesch zur Einleitung und Erleichterung seiner Vertreibungspolitik – wie Stalin mit der Flucht vor der Roten Armee – auf Terror. Schon im Juli 1944 stellte er den Grundsatz auf, daß in den ersten Tagen nach der Befreiung der Tschechoslowakei dafür zu sorgen sei, daß noch vor internationalen Entscheidungen möglichst viele „schuldige Nazis“ möglichst weit fliehen. So sind bereits vor Potsdam etwa 800 000 Deutsche über die Grenzen getrieben worden. Hier ist deutlich zu sehen, worauf Radikalität und Brutalität der Vertreibung der Sudetendeutschen gründeten: auf der unheiligen und unheilvollen Verbindung eines totalitär aufgeladenen tschechischen Nationalismus mit der in totalitärem Geiste betriebenen imperialen Politik des totalitären Machtstaates UdSSR.

Haben sich die Westmächte, als sie die Vertreibungsabsichten ihrer osteuropäischen Partner in Jalta grundsätzlich und in Potsdam definitiv akzeptierten, nolens volens dem in der betroffenen Region gegebenen und zunächst nicht beizukommenden Übergewicht der Sowjetunion gebeugt? Selbstverständlich hat die Einsicht in die Machtlage eine wichtige Rolle gespielt. In den ersten zwei Kriegsjahren hat ja keine westliche Regierung an größere Grenzverschiebungen oder gar an größere Bevölkerungsbewegungen in Europa gedacht; Rückkehr zum Status quo ante hieß zunächst die Parole. Erst als der deutsche Angriff die Sowjetunion in den Krieg gezogen hatte, trat hier ein Wandel ein, und namentlich die Briten begriffen, nachdem sie Bekanntschaft mit Stalins Kriegszielen gemacht hatten, sehr schnell, daß die bei Kriegsende zu erwartende Position der Sowjetunion den Westen zwingen werde, manche widrige Forderung des sowjetischen Imperialismus hinzunehmen, darunter auch – angesichts der bald als unausweichlich erkannten Westverschiebung Polens – Eingriffe in die ethnischen Verhältnisse Osteuropas und Ostdeutschlands. Die amerikanische Regierung, die in diesen europäischen Querelen bis Kriegsende jedoch meist den Briten den Vortritt ließ, sah das nicht anders. Und Amerikaner wie Briten suchten sich, wenn ihnen die dabei unvermeidlichen Leiden vor Augen

raten, mit der Erinnerung an die angeblich so wohltätigen Wirkungen des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustauschs von 1923 zu trösten. Im übrigen gaben die amerikanischen Politiker – anfänglich durchaus mit einer gewissen Hoffnung – stets zu Protokoll, daß es nur einen „selektiven Transfer“ geben dürfe, das heißt nur den Transfer von Deutschen, die sich sozusagen im Sinne der Entnazifizierungskategorien schuldig gemacht hatten, und daß dieser Transfer ohne Hast und auf humane Weise stattzufinden habe.

Doch liegen auch hier die Dinge nicht so einfach. Es ist gar nicht zu übersehen, daß im Laufe des Krieges mit dem totalitären NS-Regime sowohl in London wie in Washington eine gewisse und wohl unvermeidliche Anpassung an das Denken und die Methoden des Feindes eintrat – in vieler Hinsicht natürlich nicht, aber sicherlich in der Vertreibungsfrage. Die Neigung wuchs, die deutsche Gefahr auch durch einen Bevölkerungstransfer großen Ausmaßes zu entschärfen. Schon im Frühjahr 1943 sagte Präsident Roosevelt, wenn man – wie seinerzeit die Griechen aus der Türkei – die Deutschen aus Ostpreußen vertreibe, so sei das gewiß „eine grobe Prozedur“, jedoch wohl die einzige Möglichkeit, Frieden zu stiften. Die Wendung „ein für allemal“ tauchte verräterisch häufig und immer häufiger in den Debatten und Beratungen auch der westlichen Politiker auf. Am eloquentesten und am prägnantesten hat diese Annäherung des Westens an totalitären Geist Winston Churchill zum Ausdruck gebracht, als er am 15. Dezember 1944 im Unterhaus darlegte, daß die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa und Ostdeutschland das befriedigendste und dauerhafteste Mittel sei, „endlose Unannehmlichkeiten“ in diesen Zonen der Mischbevölkerung „ein für allemal“ zu unterbinden. Wenn in der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Prozeß der antwortenden Nachahmung totalitärer Verbrechen zu beobachten ist, also ein Prozeß im Sinne der Definitionen Ernst Noltes, dann bei der westlichen Zustimmung zur Vertreibung der Deutschen.

Mit schlechtem Gewissen, aber doch mit halber Überzeugung haben sich also die Westmächte auf ein politisches Verbrechen eingelassen, das vor und vor allem nach der Potsdamer Konferenz rund 13 Millionen Deutsche ihre Heimat nahm: in Polen, in den von Polen annektierten deutschen Gebieten, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Rumänien, in Jugoslawien, in der Sowjetunion. Die Zahl der Toten, die der Vorgang kostete, ist nicht mehr zu ermitteln, geht aber sicher in die Millionen. Und selbstverständlich – ist man versucht zu sagen – haben die Urheber und die Helfer dabei mehr verloren als gewonnen. Die Westmächte trieben Polen und die Tschechoslowakei tatsächlich unter den Schutzschirm Moskaus, was allein schon die 1945 und 1946 in Washington versuchte „Roll-back-Politik“ bis zur Unmöglichkeit erschwerte. Stalin band zwar in der Tat die beiden Satellitenstaaten auch durch die Vertreibung fest an die Sowjetunion, aber gerade die dadurch verstärkte Abschließung seines Imperiums machte dessen Zerfall nur zu einer Frage relativ kurzer Zeit. Polen und die Tschechoslowakei schließlich erlitten durch die Liquidierung des zweifellos auch immer wieder problematischen deutschen Elements – wie Kleinasien durch die Liquidierung der griechischen Präsenz – einen wirtschaftlichen und kulturellen Verlust, der bis zum heutigen Tage nicht wettgemacht ist. Der große Gewinner dürfte das von der Zuwanderung befruchtete Westdeutschland gewesen sein, was zweifellos nicht den Absichten Stalins oder Beneschs entsprach. Dies legt den Schluß nahe, daß derartige politische Verbrechen doch stets auch politische Dummheiten sind.